

**Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.**

**Afrika südlich der Sahara**

**Asien und Pazifik**

**Europa und Nordamerika**

**Lateinamerika**

**Nahost und Nordafrika**

**Oktober 2015**

[www.kas.de](http://www.kas.de)

Nur am Rande wird auf die Mängel der europäischen Flüchtlingspolitik eingegangen. Führende Politiker werden mit mahnenden Worten zitiert, zu einer gemeinsamen Lösung zu kommen. Da Zentralamerika selbst derartige gemeinsame Lösungen denkbar fern sind, wird dieses Thema nicht vertieft. Die deutschen Medien gehen von der Existenz des europäischen Einigungsgedankens aus und davon, dass er in allen Ländern der Europäischen Union geteilt wird. Das derzeitige Verhalten von Staaten wie Tschechien, Ungarn oder Großbritannien werten sie als Verstöße gegen den Einigungsgedanken. Anders die costa-ricanischen Medien: Von einem gemeinsamen europäischen Willen zur Lösung eines gemeinsamen Problems wird nicht ausgegangen, und da er sich auch nicht beobachten lässt, findet er in den Berichten keine Erwähnung. Stattdessen werden die einzelnen nationalstaatlichen Antworten und die jeweils erwarteten Kosten getrennt voneinander behandelt.

Während das Thema in den costa-ricanischen Medien einige Beachtung erfährt, findet es in der Politik des zentralamerikanischen Landes überhaupt nicht statt. Damit ergeht es der Flüchtlingsdebatte nicht anders als dem Thema der Migration insgesamt. Dieses erfährt in der politischen Debatte nicht die Bedeutung, die ihm angesichts einer hohen Zahl von Migranten zukommen müsste: Etwa eine halbe Million Einwanderer leben in einem Land von 4,5 Millionen Einwohnern. 75 Prozent der Migranten kommen aus dem nördlichen Nachbarland Nicaragua. Sie verlassen oft aus bitterer Not das ärmste Land Lateinamerikas. Die sehr realistische Annahme, dass sie gekommen sind, um zu bleiben, hat sich im öffentlichen Bewusstsein bislang keinesfalls durchgesetzt. So steht in Costa Rica noch die Debatte über die Frage aus, der sich Deutschland gestellt hat und die angesichts der aktuellen Flüchtlingszahlen erneut Bedeutung gewinnen wird: „Was eint uns?“, eine gesellschaftliche Verständigung auf gemeinsame Grundlagen.<sup>63</sup>

### **Guatemala und Honduras**

*Annette Schwarzbauer (30.08.2015)*

In Guatemala und Honduras ist Migration ein alltägliches Phänomen. Fast jeder hat Verwandte, die aus wirtschaftlichen Gründen, wegen Sicherheitsproblemen und aus dem Wunsch nach Familienzusammenführung ihre Heimatländer verlassen haben. Bis in die 1990er Jahre waren vor allem die Bürgerkriege in Zentralamerika ein Grund für Migration und Flucht. Beide Länder des nördlichen Dreiecks haben hohe Raten von Abwanderung vor allem in die USA, in geringerem Maß nach Mexiko, zu verzeichnen. Rund 750.000 Guatemalten und 470.000 Honduraner leben in den USA, dies bei einer Bevölkerung von rund 16 Millionen Bürgern in Guatemala und rund 9 Millionen in Honduras.

Viele Migranten überqueren die Grenze in die USA illegal und halten sich dort oft jahrelang ohne gesicherten Status auf. Obwohl bereits der Weg der „Illegalen“ in die USA beschwerlich und gefährlich ist, wird die Reise unternommen. Berühmt ist zum Beispiel die Fahrt auf dem Dach des „die Bestie“ genannten Zugs durch Mexiko, bei der immer wieder Passagiere tödlich verunglücken oder sich schwer verletzen. Für die sogenannten Kojoten, Schlepper, die bei der Überquerung der Grenzen helfen, ist Migration ein einträgliches Geschäft. Für weltweite Aufmerksamkeit sorgte im Jahr 2014 die Anzahl von rund 60.000 Kindern und Jugendlichen aus Zentralamerika, die sich unbegleitet auf den Weg in die USA gemacht hatten.

Die Rimessen, Geldüberweisungen der Migranten in ihre Heimatländer, sind ein wichtiger Faktor für das Überleben der Familien in den Heimatländern. Besonders im Fall von illegalen Migranten leben die Familien teilweise jahrzehntelang getrennt. Verwandte ziehen in den Heimatländern Kinder groß, die finanzielle Unterstützung von den Eltern in den USA erhalten.

<sup>63</sup> Vgl. Bernhard Vogel. Was eint uns? Verständigung der Gesellschaft über gemeinsame Grundlagen. Herder Verlag: Freiburg 2008. Online: <http://www.kas.de/wf/de/33.13995/>.

**Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.**

**Afrika südlich der Sahara**

**Asien und Pazifik**

**Europa und Nordamerika**

**Lateinamerika**

**Nahost und Nordafrika**

**Oktober 2015**

[www.kas.de](http://www.kas.de)

Das Bild der Migranten in ihren Heimatländern ist auf Grund ihres wirtschaftlichen Erfolgs in der Regel positiv. Bei Rückkehr bauen sie meist bessere Häuser bzw. lassen diese schon vorher mit genauen Anweisungen aus der Ferne errichten. Im Westen von Guatemala hat sich so ein spezieller Baustil entwickelt, eine häufig bunte und verschnörkelte „Rimessen-Architektur“ als sichtbares Zeichen des Erfolgs. Bürger der Stadt Salcajá in West-Guatemala haben an einem Kreisverkehr einer Überlandstraße ein weithin sichtbares Migranten-Denkmal errichtet, eine meterhohe Figur eines Mannes, der mit einem Rucksack zu seinem neuen Ziel aufbricht.

Nicht alle Schicksale von Migranten sind indes erfolgreich. Viele Migranten ohne gesicherten Status werden von Mexiko und den USA deportiert, stranden auf ihrem langen Weg, werden auf Grund ihrer Notlage ausgenutzt. Vor allem kirchliche Hilfswerke kümmern sich um Migranten, die sich auf der Durchreise befinden, um Abgeschobene und um Rückkehrer.

Die Regierungen von Guatemala und Honduras, Interessensgruppen und kirchliche Einrichtungen setzen sich immer wieder dafür ein, dass in den USA der Status illegaler Migranten reguliert wird. Bisher kommt es allerdings häufig zu Abschiebungen in die Heimatländer. Um Ursachen für Migration zu bekämpfen und die Bürger zum Bleiben zu bewegen, riefen die Staatspräsidenten von El Salvador, Guatemala und Honduras Ende 2014 die Initiative „Allianz für Wohlstand“ ins Leben, die die Hauptgründe für Migration, mangelnde Sicherheit und fehlende Arbeitsmöglichkeiten in den Herkunftsländern beseitigen soll. Die Entwicklungsinitiative soll finanziell auch durch die USA unterstützt werden. Die Zustimmung des Kongresses steht jedoch noch aus.

Guatemala und Honduras sind gleichzeitig auch Durchgangsländer für Migranten, vor allem aus Kuba, Nicaragua, einigen südamerikanischen und auch afrikanischen Ländern. Rund acht Afrikaner erreichen Honduras pro Tag auf ihrem Weg von ihren Heimatländern über Brasilien in die USA. Gerade im Fall von Migranten aus afrikanischen Ländern wäre eine Abschiebung zu teuer, so dass von Regierungsstellen in der Regel humanitäre Hilfe geleistet und dann ein vorübergehendes Visum ausgestellt wird. Da die USA das Ziel der beschwerlichen Reise sind, ist davon auszugehen, dass die Betroffenen früher oder später die zentral-amerikanischen Länder verlassen.

Über das Thema der Migranten und Flüchtlinge, die derzeit Europa erreichen, wird in den Medien berichtet, in der Regel auf der Grundlage von Agenturmeldungen. Für größere Aufmerksamkeit sorgt das Thema allerdings nicht, einerseits da es drängendere Probleme im eigenen Land zu lösen gilt und andererseits da die Migration von Guatemala und Honduras aus vor allem in Richtung Norden geht und man in diesem Zusammenhang keine allzu rücksichtsvolle Behandlung gewohnt ist. Eine kirchliche Einrichtung in Guatemala stellte in einer Studie fest, dass für junge Guatemalteken aus dem westlichen Hochland die Reise in die USA eine Art Mutprobe und Initiation darstellt.

### **Kolumbien**

*Dr. Hubert Gehring (26.08.2015)*

In Kolumbien, einem Land in dem das Drama von Menschen, die flüchten müssen um ihr Leben vor kriegerischen Auseinandersetzungen zu retten, nichts Ungewöhnliches ist, hat die Öffentlichkeit sehr aufmerksam und sensibel auf die Nachrichten und Reportagen über das jüngste Anwachsen des Flüchtlingsdramas in Europa reagiert. Große nationale Medien wie *El Tiempo*, *El Espectador* und *Semana* haben wiederholt berichtet, dass die Verschärfung der Konflikte in verschiedenen Regionen der Welt zu einer Flüchtlingskrise geführt habe, wie man sie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht erlebt habe.

Dabei hat die Situation in Deutschland verstärkt die Aufmerksamkeit der kolumbianischen Medien erregt. So wird bereits seit einigen Monaten über die Integrationsprobleme in Deutschland und die Proteste gewisser Bevölkerungsgruppen für und gegen die Einwande-